



Eckpunktepapier zur Zusammenarbeit der mitteldeutschen Länder: Gemeinsam den demografischen Wandel gestalten

Erfurt, 21. Februar 2011

Dr. Johannes Beermann
Staatsminister und Chef der Staatskanzlei des Freistaats Sachsen

André Schröder, MdL
Staatssekretär, Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt

Christian Carius, MdL
Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr des Freistaats Thüringen

Der demografische Wandel ist unvermeidlich, aber zu meistern. In den nächsten Jahren wird die Bevölkerung in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt weiterhin deutlich abnehmen und ein höheres Durchschnittsalter erreichen. Der Anteil der Ruheständler wird erheblich zunehmen, während die Zahl der Erwerbstätigen sinkt. Alle drei Länder sind vom Rückgang an hoch qualifizierten Arbeitskräften und der Abwanderung junger Menschen besonders betroffen. Die Auswirkungen des demografischen Wandels werden in allen Lebensbereichen und Regionen spürbar sein. Wir begreifen diese Veränderungsprozesse als Chance, Bewährtes weiterzuentwickeln und dort, wo es notwendig wird, mutig nach neuen Lösungen zu suchen.

Die drei mitteldeutschen Länder stehen vor großen Herausforderungen. Die Dynamik des demografischen Wandels hat in den jungen Ländern gegenüber anderen deutschen und europäischen Regionen früher eingesetzt und sorgt in unseren Städten ebenso wie im ländlichen Raum für erheblichen Anpassungsbedarf. Dort lasten bereits heute die Kosten der öffentlichen Infrastruktur auf weniger Schultern als noch vor wenigen Jahren. Gleichzeitig ist absehbar, dass der erreichte Wohlstand in Zukunft mit einem geringeren Anteil von Arbeitskräften an der Gesamtbevölkerung erwirtschaftet werden muss. Das stellt besondere Anforderungen an unsere Innovations- und Investitionspolitik. Die öffentlichen Haushalte unserer Länder werden auf niedrigerem Niveau konsolidiert werden müssen. Weniger Steuerzahler und Transferleistungen machen eine strikte Haushaltsdisziplin und eine demografieorientierte Prioritätensetzung in der Landespolitik erforderlich. Sowohl auf Landesebene als auch in den Kommunen braucht es Mut, Standards in Frage zu stellen und langfristig tragfähige Lösungen zu entwickeln. Städtebau, öffentlicher Verkehr und Infrastrukturangebote bieten breiten Raum für innovative Konzepte. Im demografischen Wandel werden Ideen sowie der Gestaltungswillen und das ehrenamtliche Engagement der Bürger zu wichtigen und – im Gegensatz zu den öffentlichen Finanzmitteln – unerschöpflichen Ressourcen.

Es wird in den kommenden Jahren zu den wichtigsten Aufgaben einer verantwortungsvollen Landespolitik gehören, die wesentlichen Herausforderungen des demografischen Wandels, Alterung, Abwanderung und Heterogenität in der Entwicklung, zu lösen. Voraussetzung für eine gelingende Demografiepolitik ist, dass die Herausforderungen deutlich angesprochen

und den Bürgern überzeugende und finanzpolitisch verantwortliche Perspektiven eröffnet werden. Dazu haben alle drei Länder bereits Analysen und Handlungskonzepte erarbeitet und finanzielle Ressourcen bereitgestellt. Die bisherige Länder übergreifende Zusammenarbeit soll deutlich gestärkt und besser abgestimmt werden.

Um die demografiebezogenen Aufgaben gemeinsam bewältigen zu können, haben sich die für Demografie zuständigen Minister am 21. Februar 2011 in Erfurt auf folgende Eckpunkte einer dauerhaften Zusammenarbeit der Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen verständigt:

1. Im Rahmen eines „Mitteldeutschen Demografie Dialogs“ beabsichtigen wir, uns regelmäßig auf Ministerienebene über Entwicklungen und Konsequenzen des demografischen Wandels zu verständigen.
2. Wir wollen einen intensiven Erfahrungsaustausch der drei mitteldeutschen Länder auf allen Verwaltungsebenen in Gang setzen, um das Potenzial für gemeinsame Lösungsansätze systematisch zu erhöhen. Wir können gegenseitig von gelungenen Beispielen verantwortungsvoller Demografiepolitik oder bürgerschaftlichen Engagements lernen.
3. Besonders die Kommunen sind aufgefordert, in einen länderübergreifenden Erfahrungsaustausch einzutreten. Gerade in Regionen an den Landesgrenzen sollten gemeinsame Projekte zur Gestaltung des demografischen Wandels (weiter)entwickelt werden.
4. Der Schwerpunkt verantwortungsvoller Demografiepolitik muss auf den ländlichen Raum gelegt werden. Dort ist es besonders dringlich, mit innovativen und tragfähigen Lösungen den Folgen einer abnehmenden und älter werdenden Gesellschaft zu begegnen. Erfolgreiche Konzepte können als Best-Practice-Beispiele für andere Regionen Vorbild sein.
5. Der demografische Wandel darf nicht zum Substanzverzehr im ländlichen Raum führen. Familien und Unternehmen sind gerade dort auf eine verlässliche Infrastruktur angewiesen.
6. In den nächsten Jahren gilt es, den Abwanderungstrend nicht nur zu stoppen, sondern Mitteldeutschland zur Zukunftsregion zu machen. Dazu wollen wir gemeinsam die in unseren Ländern bereits bestehenden Aktivitäten zum Halten,

Werben und Rückholen optimieren, um den zu erwartenden Fachkräftebedarf der Wirtschaft befriedigen zu können.

7. Die Herausforderung des demografischen Wandels betrifft nicht nur Politik und Verwaltung, sondern die gesamte Gesellschaft. Deshalb bedarf es der Mobilisierung aller gesellschaftlichen Kräfte im Rahmen strategischer Allianzen, um die demografische Herausforderung erfolgreich zu gestalten.
8. Der Begriff „demografischer Wandel“ ist vielfach negativ besetzt und behindert damit die offensive Auseinandersetzung mit der Thematik. Die mitteldeutschen Demografieminister sind sich daher einig, dass der öffentliche Diskurs stärker die Chancen der Modernisierung in den Blick nehmen und die Bürgerinnen und Bürger in den Dialog einbeziehen muss.
9. Der demografische Wandel ist kein isoliertes Phänomen der neuen Länder, sondern hat längst weite Teile Deutschlands und Europas erfasst. Vor diesem Hintergrund werden die drei mitteldeutschen Länder sich intensiv in die laufende Erarbeitung von Demografiestrategien des Bundes und der EU einbringen und ihre spezifischen Interessen gemeinsam artikulieren. Die Länder werden gemeinsam mit dem Bund diese wichtige Zukunftsaufgabe nach Kräften wahrnehmen und ihre vielfältigen Erfahrungen im Umgang mit dem demografischen Wandel einbringen.
10. Die Herausforderung des demografischen Wandels trifft die Ziel-1-Regionen der EU in besonderer Weise und stellt im europäischen Vergleich einen schweren und dauerhaften Nachteil dar, der bei der zukünftigen Ausgestaltung der EU-Kohäsionspolitik als wichtiger Faktor ausdrücklich Berücksichtigung finden muss. Die drei mitteldeutschen Länder werden ihre europapolitischen Aktivitäten und Projekte bündeln und eine abgestimmte strategische Zusammenarbeit pflegen.